

Was ist schon „normal“?

Das letzte Jahr endete und das neue Jahr begann mit zahlreichen Straftaten, Gewalt gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungsdienstbeschäftigte. Und es begann mit Aussagen, die uns mehr als nachdenklich machen sollten.

Was ist normal an einer Silvesternacht, in der Polizeibeamte verletzt und Feuerwehrler angegriffen werden? Was ist normal an einem Silvester? Dabei ist es nicht nur die Aussage des

Innenministers, sondern auch die Ausführung in der Pressemitteilung des Innenministeriums und ähnlich lautende Formulierungen in Lage- und Pressemitteilungen. Was ist mit uns und in uns passiert, dass wir Hunderte von Einsatzlagen, Straftaten, verletzte Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsdienstangehörige, Opfer unsachgemäßer Pyrotechnik, Brandschäden in Höhe von mehreren Millionen, überlastete Krankenhäuser, Todesopfer und Familien voller Leid als normal bezeichnen? Welches Bild erzeugen wir mit solchen Feststellungen und Aussagen in der Öffentlichkeit?

In einigen Städten, und nein, nicht nur in Berlin, haben sich wahre Gewaltexzesse abgespielt. Während die einen von einer neuen Qualität sprachen, wollten andere eine solche neue Qualität nicht erkennen. Dabei dürfte eindeutig die Einschätzung, dass es keine neue Qualität sei, schwerer wiegen als deren Feststellung. Wenn das keine neue Qualität ist, stellt sich die Frage, was in und mit uns passiert, dass wir dies – auch in der Vergangenheit – hingenommen haben.

Aber nein, wir brauchen keine neuen Arbeitskreise und schöne Medienberichte, die nur dazu dienen, irgendwelche Menschen in einem besseren Licht darzustellen. Wir brauchen keine „irgendwie und mit irgendwem“ zusammengesetzten Treffen von Betroffenen. Wir haben funktionierende Organisationen,



© Windmüller

Gremien und Führungskräfte, wir haben Personalvertretungen – auch bei den Berufsfeuerwehren –, wir haben Sprecherkreise und Fachkreise. Wenn alle ihre Arbeit ordentlich verrichten, reichen deren Berichte und Einschätzungen. Und wir brauchen auch keine neuen Analysen und keine neuen 5- oder 10-Punkte-Pläne.

Seit Jahren fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft schnelle Gerichtsverfahren, in denen die Strafe auf dem Fuße folgt. Seit Jahren fordern wir, dass die Justiz mit ihren Richtern, Staatsanwälten und Justizbeschäftigten personell in die Lage versetzt wird, damit sie ihre Arbeit professionell erfüllen können. Einstellungen dürfen nie aus arbeitsökonomischen Gründen erfolgen, sondern nur in der Sache begründet sein. Dabei muss ich gar nicht an die Pressemitteilungen meines Vorgängers Dieter Berberich zur Arbeit für den Papierkorb der Justiz erinnern.

Wir brauchen auch keine neuen gesetzlichen Regelungen. Wir brauchen Richter und Staatsanwälte, die den Strafrahmen ausschöpfen. Täter müssen für ihre Taten zur Ver-

antwortung gezogen werden. Jeder muss wissen, dass, wenn er eine Tat begeht, dies eine Strafe zur Folge hat.

Bei der Frage, was zu tun ist, bleiben wir bei unserer grundsätzlichen Haltung: Grenzen müssen gesetzt, deren Einhaltung überprüft und Überschreitungen sanktioniert werden.

Über manche Entwicklungen müssen wir uns aber nicht wundern, wenn die Politik seit Jahren die Polizei als Feindbild aufbaut.

Die Botschaft des Silvesters 2022 ist verheerend, aber gleichzeitig eine komprimierte Zusammenfassung des „Ist-Zustandes“. Die Politiker müssten er- und aufschrecken. Denn nie erscheint der Staat angreifbarer, als wenn er die eigenen Leute nicht schützen kann. Und diese Entwicklung haben wir nicht erst seit dem Silvester 2022/2023.

Dieser Staat zeigt seine Schwächen. Und nein – nicht nur in anderen Bundesländern. Damit können und dürfen wir uns nicht zufriedengeben.

*Ihr/euer
Ralf Kusterer*

Inhalt

- 2 DPoIG in Beratung mit Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz
- 2 Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt/Bühl
- 3 „AG Tarif“ – Arbeitsgruppe der Landestarifvertretung 2023
- 3 Nachzüglerschulung für Personalratsmitglieder
- 4 Landeshauptvorstand tagt in Wernau
- 6 Pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte: Das neue Angebot und seine Tücken
- 7 Ehrenmitglied Lothar Reimann verstorben
- 8 Feuerwehrfachtagung – Schwerpunkt 4-Säulen-Modell
- 8 Konferenz der HfPol-Kreisvorsitzenden
- 8 Seminar – Vorbereitung auf den Ruhestand

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



DPOlG im Gespräch mit Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz

Nicht nur der Austausch mit den Führungskräften der Polizei und der Hausspitze des Innenministeriums gehört zum Tagesgeschäft des DPOlG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Der Austausch auf gewerkschaftlicher Ebene gehört ebenfalls dazu und ist von großer Bedeutung. Bereits

Ende November 2022 war Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz zu Gast auf der DPOlG-Landesgeschäftsstelle, um sich mit dem Landesvorsitzenden in vertrauter Atmosphäre auszutauschen. Bei dem mehrstündigen Gespräch konnten beide die Möglichkeit nutzen, um sich vertraulich über Themen zu unterhalten, über die man nicht unbedingt berichtet. Dabei ist die gute Abstimmung gerade dann, wenn die Lage etwas un-



> Ralf Kusterer im Gespräch mit Dr. Stefanie Hinz

ruhig und angespannt ist, umso wichtiger. Dabei schätzt Frau Dr. Hinz die guten, einfachen und unkomplizierten Möglichkeiten der Begegnung, zumal die DPOlG-Landesgeschäftsstelle kaum 100 Meter entfernt in Blick- und Reichweite zum Innenministerium liegt.

Die Herausforderungen für die innere Sicherheit und die Polizeiorganisation insgesamt sind enorm. Dabei ist es wichtig, wenn zumindest mit der polizeilichen Hausspitze ein direkter Dialog besteht und man sich nicht (nur) über die Medien austauscht.

Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt/Bühl

Bei der Jahreshauptversammlung des DPOlG-Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt/Bühl am 7. November 2022 konnte sich der Vorsitzende Dirk Preis über ein ausgebuchtes Haus in der Gaststätte Traube in Bühl-Eisental freuen. Vom Polizeipräsidium Offenburg konnte er den neuen Polizeipräsidenten Jürgen Rieger begrüßen, welcher auch ein kurzes Grußwort sprach. Weitere Ehrengäste waren der Landesvorsitzende Ralf Kusterer und der Vorsitzende des Kreisverbandes Offenburg, Andreas Bix.



> Ralf Kusterer, Matthias Lehr, Sascha Born, Dominik Durst, Dirk Preis und Sarah Leinert (von links)

Nach den Neuwahlen der Vorstandschaft im vorigen Jahr berichtete Preis über den vergangenen Berichtszeitraum mit dem neuen Führungsteam. Besonders am Herzen lag ihm die aktuelle Situation der gesamten Polizei in Baden-Württemberg. Im Zusammenhang mit den Vorgängen im Innenministerium sprach Preis von einem

verlorenen Jahr für die Polizei. Ein „Skandal“ um den Inspekteur der Polizei, ein im Rahmen der „absoluten“ Transparenz weitergeleitetes Schreiben des Innenministers binden in einem Untersuchungsausschuss Kräfte, die man bei der Polizei an anderer Stelle dringend benötigt hätte. In Richtung Politik äußerte er die Bitte, nicht immer nur zu reagieren, sondern

die Polizei bei Themen wie Personal, Gebäudeunterhaltung und Ausstattung auf dem aktuellen Stand zu halten.

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer bedankte sich für die tolle Arbeit im Kreisverband und gab seinen „Lagebericht“ ab. Hier griff er das Thema Polizeiaffäre ebenfalls auf und machte deutlich, welchen Scha-

den dies für die Polizei von Waldshut-Tiengen bis Mosbach bedeutet. Er nutzte aber auch die Gelegenheit, über aktuelle Entwicklungen zu berichten, bei denen, wie so oft, die DPOlG die Nase vorne hat. Dabei blickt er auf ein – gewerkschaftlich betrachtet – Erfolgsjahr zurück, bei denen am Ende des Jahres viele Mitglieder mehr Geld in der Tasche hätten; mit Ausnahme der Tarifbeschäftigten, die man nicht als Sorgenkinder, aber als absolutes Topthema behandeln müsse, wenn man Verbesserungen erreichen möchte. Für Tarifbeschäftigte bleibe oft nur eine kleine Tarifierhöhung, mit der die Steigerungen der Lebenshaltungskosten schon lange nicht aufgefangen werden können.

Die Justiziarin der DPOlG, Sarah Leinert, gab einen Überblick zu den Rechtsschutzfällen im Kreisverband. Hier verzeichnete sie weiterhin einen Anstieg



von Übergriffen auf Polizeibeamte.

Die neu gegründete Seniorenspitze im Kreisverband stellte Roland Herr vor. Zusammen mit Rüdiger Geiger kümmert er sich um die Anliegen der Pensionäre und Rentner, welche auch im Ruhestand durch die

DPoIG hervorragend unterstützt werden.

Im Rahmen der Ehrungen konnten Kusterer und Preis mehrere Mitglieder auszeichnen.

Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden Jochen Anschütz, Sascha Born, Dominik Durst,

Matthias Lehr, Heiko Seifermann und Jörg Tschan geehrt.

Für 40-jährige Mitgliedschaft wurden Thomas Hettler, Karl-Heinz Ploß und Markus Schneidewind geehrt.

Wie immer, aber in diesem Jahr sicher besonders, war die Ver-

anstaltung für die Teilnehmer(innen) ein Ort der Begegnung und des Austausches.

Und es wäre nicht die Jahreshauptversammlung im KV Baden-Baden/Rastatt/Bühl, wenn nicht auch herzlich gelacht worden wäre.

„AG Tarif“ – Arbeitsgruppe der Landestarifvertretung 2022

Eine Kampagne gegen schlechte Bezahlung und fehlende Wertschätzung!



> Edmund Schuler, Annette Kees, Michaela Burkhart, Ralf Kusterer, Anita Ludwig (von links)

Was bei der konstituierenden Sitzung der AG Tarif mit auf den Weg gebracht wurde, haben zwischenzeitlich die tarifbeschäftigte Mitglieder der DPoIG persönlich mitbekommen. Noch kurz vor Weihnachten hat die Landestarifvertretung ein Musterschreiben für einen Zuschussantrag aufgrund gestiegener

Lebenshaltungskosten erhalten. Damit will die Landestarifvertretung den Druck erhöhen und zudem den politisch Verantwortlichen die Möglichkeit geben, „Farbe zu bekennen“. Das gilt insbesondere, nachdem der Ministerpräsident mit Verweis auf die Tarifverhandlungen (im Herbst 2023) die Zahlung einer

Inflationsausgleichsprämie abgelehnt hat.

Die Aufgaben der Arbeitsgruppe sind breit gefächert. Diese soll sich einerseits den Möglichkeiten wirksamer Arbeitskämpfmaßnahmen, aber auch neuen juristischen Wegen zuwenden.

Den Vorsitz der AG Tarif hat Kollege Antonio Pellegrino, stellvertretender Landestarifbeauftragter, übernommen. Neben Antonio Pellegrino (Karlsruhe) gehören Michaela Burkhart (Ulm), Anita Ludwig (Offenburg), Annette Kees (HfPol) und Francesco Brancato (PTLS Pol) der AG Tarif an. Temporär wird die Arbeitsgruppe durch Edmund Schuler (Bundes- und Landestarifbeauftragter) sowie durch Dirk Preis (Geschäftsführender Landesvorstand) unterstützt.

Die Auftaktveranstaltung fand noch zweitägig in der Weihnachtswoche statt und konnte, wie oben genannt, erste Akzente setzen.

Nachzüglerschulung für Personalratsmitglieder

Noch kurz vor Weihnachten führte das DPoIG-Schulungsteam mit Jürgen Vogler, Sarah Leinert, Roland Raible und Ralf Kusterer nochmals eine Schu-

lung (Teil 2 der Grundschulung) durch. Auch wenn krankheitsbedingt die Teilnehmergruppe etwas reduziert war, konnten abermals wertvolle Grund-

lagen für die Personalratsarbeit vermittelt werden. Mit der vorweihnachtlichen und winterlichen Stimmung in Baiersbronn-Obertal und einer tollen

Schulungsatmosphäre bleibt die Schulung sicherlich bei Teilnehmer(innen) wie auch Referenten in bester Erinnerung.



> Teilnehmer(innen) an der Personalräteschulung in Baiersbronn-Obertal



Landeshauptvorstand tagt in Wernau

CDU-Fraktionsvorsitzender Manuel Hagel mit offenen Worten

Ende November 2022 fand nach der Pandemie die erste Sitzung des Landeshauptvorstandes in Präsenz statt. Tagungsort war das Quadrium in Wernau, das für die mehr als 150 Delegierten eine optimale Tagungslokalität bot.

Gleich zu Beginn erwartete die DPoIG-Mandatsträger aus dem ganzen Land ein politischer Auftakt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende MdL Manuel Hagel als Vertreter der Regierungsfaktionen war gemeinsam mit dessen Stellvertreter MdL Thomas Blenke nach Wernau gekommen.

zur Wahrheit, dass die DPoIG und dort insbesondere in der Zusammenarbeit Hagel/Kusterer Vorschläge in das CDU-Wahlprogramm bei der inneren Sicherheit einbrachte.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende überraschte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit sehr



> Ralf Kusterer und Manuel Hagel

viel Detailkenntnissen im Bereich der Polizei und der Polizeiorganisation. Man hätte kaum erwartet, dass er die Umsetzungszahlen des 4-Säulen-Modells für das PP Ulm präsentiert. Genauso mit seinem klaren Statement für Tarifbeschäftigte, bei der er sein Unverständnis darüber äußerte, dass Tarifbeschäftigte von der Polizei in die Wirtschaft oder andere Bereiche des öffentlichen Dienstes wechseln (müssen), um mehr zu Geld zu verdienen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende überraschte weiter mit klaren Positionen gegen Kennzeichnung und Antidiskriminierungsgesetz und der klaren Aussage, dass man als kleine Fraktion nicht immer alle Optionen habe. Das brachte Hagel viel Applaus ein.

Dass ein Politikprofi die Gelegenheit nutzte, um für seine Partei und seine Fraktion zu werben, war sicherlich zu erwarten. Am Ende war es aber sicherlich die Art und Weise, die Ehrlichkeit, die Offenheit, klare (konservative) Wertvorstellungen, die seit langer Zeit mal wieder den Eindruck vermittelten, dass die CDU als Partei der inneren Sicherheit hinter der Polizei und hinter den Polizeibeschäftigten steht. Mit klaren Bekenntnissen für eine gerechte Bezahlung der Tarifbeschäftigten, dass es nach dem 4-Säulen-Modell in

Manuel Hagel:
„Für das Land Baden-Württemberg, die innere Sicherheit und die Polizei ist es gut, wenn die CDU und die DPoIG Hand in Hand unterwegs sind.“



> Tagungsteilnehmer

Bereits in der Begrüßung hob Landesvorsitzender Ralf Kusterer die gute Zusammenarbeit mit der Spitze der CDU-Fraktion und die Bedeutung für die gewerkschaftspolitische Arbeit hervor. Kusterer war vermutlich der erste Vertreter einer sogenannten Non-Profit-Organisation, der nach der Wahl des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Hagel zum Fraktionsvorsitzenden ein Vier- beziehungsweise Sechs-Augen-Gespräch hatte. Und es gehört



> Kassenprüfer und Ehrenmitglieder



> Tagungsteilnehmer



> Daniel Hoffmann

Hagel und Kusterer demonstrieren große Einigkeit. Man spürte, diese beiden können miteinander. Und: Diese beiden sind in der Lage, politische Auseinandersetzungen und Diskussionen zu führen und dabei Dissonanzen auszuklammern.

Auf der weiteren Tagesordnung standen die Haushaltsangelegenheiten, die in professioneller Weise von Daniel Hoffmann, Kassenbeauftragter des Landesverbandes, vorbereitet und



> MdL Manuel Hagel



> Tagungspräsidium

verband beschlossen, mit denen die Verbandsarbeit auch „pandemiesicher“ gemacht und Beschlussfassungen auch ohne persönliche Anwesenheit ermöglicht werden. Überdies wurden die Richtlinien für die Jugend- und Nachwuchsarbeit so überarbeitet, dass man der Tatsache von mehr als 8 600 Mitgliedern mit 30 und unter 30 Jahren besser Rechnung tragen kann.

anderen Bereichen weitergehen muss, für mehr Personal, eine optimale Ausstattung und neuste Ausrüstung. Dafür gab es zu Recht großen Applaus.

präsentiert wurden. Dabei durfte er sich dem positiven Votum der Kassenprüfer Bernd Menzel und Werner-Josef Krejci sicher sein, die mehrfach die Kasse ge-

prüft und die Kassenangelegenheiten in guten Händen sahen. Einstimmig ohne Gegenstimmen wurden dann dazu auch alle Beschlüsse gefasst.

Insgesamt war dies eine sehr harmonische Veranstaltung, bei der man die Geschlossenheit der Organisation spüren konnte, die sich im Grunde bei der positiven Verbandsentwicklung und den politischen Erfolgen nur selbst im Weg stehen könnte.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurden Änderungen der Richtlinien im Landes-



> Tagungsteilnehmer



> Tagungsteilnehmer

Pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte

Das neue Angebot und seine Tücken

Der Landtag hat am 21. Dezember 2022 in zweiter Lesung das Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe für Beamtinnen und Beamte verabschiedet. Damit ist es amtlich: Seit 1. Januar 2023 können baden-württembergische Beamtinnen und Beamte bei ihrem Krankenversicherungsschutz zwischen Beihilfe und ergänzender Privatversicherung, oder einem Zuschuss in Höhe des halben Beitrags für eine private oder gesetzliche Krankenvollversicherung wählen.

Von dem neuen Angebot können neu eingestellte Beamtinnen und Beamte, aber auch alle anderen Beamtinnen und Beamte Gebrauch machen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Allerdings sollte die Entscheidung für die pauschale Beihilfe gut überlegt sein. Denn einen Weg zurück zum bewährten System aus Eigenvorsorge und Beihilfe gibt es nicht.

Der BBW hat sich in den vergangenen Monaten aus gutem Grund gegen die Einführung einer pauschalen Beihilfe ausgesprochen. Er hat verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht und vor der Einführung einer Bürgerversicherung durch die Hintertür gewarnt. Bei Grün-Schwarz sind all diese Einwände ungehört verhallt. Jetzt geht es dem BBW darum, dass sich jene, die von 1. Januar 2023 an beim Krankenversicherungsschutz die Qual der Wahl haben, gut über das neue Angebot und die damit verbundenen Folgen informieren. Hierfür halten das LBV und der KVBW Infoblätter bereit. Denn für den BBW steht fest: Das neue Angebot hat auch Tücken.

1. Unwiderrufliche Entscheidung

Die einmal getroffene Entscheidung für die pauschale Beihilfe



> Berndt Wittmeier

ist unwiderruflich. Ein späterer Wechsel zur anlassbezogenen Kostenerstattung für Krankheits- oder Pflegeaufwendungen der Beihilfe ist nicht mehr möglich. Gerade neu eingestellte Beamtinnen und Beamte müssen daher eine Entscheidung für die nächsten Jahrzehnte treffen und können auf Veränderungen ihrer Karriere- und Familienplanung nicht mehr reagieren.

2. Entscheidung bindet auch Angehörige

Zu beachten ist zudem, dass die unwiderruflich getroffene Entscheidung für die pauschale Beihilfe auch bindend für die berücksichtigungsfähigen An-

gehörigen der Beamtinnen und Beamten ist. Dies gilt auch im Falle des Todes der Beamtin oder des Beamten.

3. Weniger Leistungen

Der Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung ist geringer. Bei bereits freiwillig gesetzlich Versicherten entfällt die bisher erstattete ergänzende Beihilfe für beihilfefähige Leistungen, wie beispielsweise Hilfsmittel (Brillen), Heilbehandlungen (Massagen) und Zahnersatz. In der GKV besteht zudem beispielsweise kein Anspruch auf Chefarztbehandlung oder Heilpraktikerleistungen. Auch besteht in der GKV die

Gefahr, dass das bisherige Leistungsspektrum gekürzt wird.

4. Höherer Beitrag

Außerdem ist der Beitrag in der privaten Krankenversicherung in der Regel günstiger, da nur ein prozentualer Anteil versichert werden muss. Hier sollte genau nachgerechnet werden. Selbst wenn die GKV wegen kostenfreier Familienmitversicherung günstiger sein sollte, sind die deutlich schlechteren Leistungen zu berücksichtigen.

Hinzukommt, dass bei Beamtinnen und Beamten als freiwillig Versicherte zum Einkommen auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie Einnahmen aus Kapitalvermögen, wie Zinsen und Dividenden, für die Beitragsberechnung berücksichtigt werden.

5. Zusätzliche Pflegeversicherungsbeiträge

Die pauschale Beihilfe gilt nicht für die soziale Pflegeversicherung. Es kommen somit weitere Kosten für die Pflegeversicherung hinzu.

6. Wechsel in andere Bundesländer und zum Bund erschwert

Der Wechsel zum Bund oder zu Bundesländern ohne pauschale Beihilfe ist deutlich erschwert. Bei einem Wechsel entfällt dann der Zuschuss zur GKV.

7. Verfassungswidrigkeit

Hinsichtlich der Ausgestaltung bestehen erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel. Sollte die pauschale Beihilfe für verfassungswidrig erklärt werden, würde der Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen entfallen. ■



Ehrenmitglied Lothar Reimann verstorben

Am 21. Dezember 2022 ist Lothar Reimann, Ehrenmitglied des Landesverbandes, verstorben. Wir verlieren einen wertvollen Menschen, einen Kameraden und Freund, der dem Landesverband enorm viel Zeit und Engagement schenkte. Mit seiner ruhigen, freundlichen und zuvorkommenden Art hat er sich einer großen Beliebtheit erfreut und mit hoher Professionalität und Engagement die Digitalisierung der DPolG umgesetzt.

Über Jahrzehnte hatte sich Lothar Reimann in der DPolG in den verschiedensten Bereichen engagiert und für die Polizei und deren Beschäftigte eingesetzt. Innerhalb der DPolG war er unabhängig der verschiedensten Mandate derjenige, der die Digitalisierung im Verband aufgesetzt und weiterentwickelt hat. Lothar Reimann hat damit maßgeblichen Anteil an der Modernisierung des Landesverbandes.

In seiner aktiven Dienstzeit hat Polizeihauptkommissar Lothar Reimann als Personalratsvorsitzender der Polizeidirektion Rastatt im Jahr 2000 die Fusion mit der Polizeidirektion Baden-Baden mitgestaltet. Damit war er einer der ersten DPolG-Personalräte, die personalvertretungsrechtlich eine umfangreiche Reform der Polizeiorganisation begleitet und mitgestaltet haben.

Bis kurz vor seiner Pensionierung im Jahr 2002 hatte Lothar Reimann über elf Jahre den dortigen Kreisverband Baden-Baden/Rastatt/Bühl erfolgreich geführt. Die von ihm organisierten und durchgeführten „Polizeibälle“ waren legendär und ein kleines äußeres Zeichen dessen, was er vor Ort geleistet hat.

Bereits ab 1995 war Lothar Reimann Mitglied des Landesvorstandes. Ab Mai 1998 hat er sich als „Vater“ der DPolG-Homepage in der Geschichte des Landesverbandes verewigt. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand war er weiterhin der Mann für die Lösung von IT-Problemen. Und das, wenn nötig, rund um die Uhr. Dazu gehörten auch die professionelle Vorbereitung und Begleitung der DPolG-Veranstaltungen mit modernster Präsentationstechnik. Selbst die DPolG-Bundesorganisation und benachbarte Verbände innerhalb des Beamtenbundes konnten sich auf die Unterstützung verlassen und auf ihn zurückgreifen, sei es bei der DPolG in Sachsen-Anhalt, beim Philologenverband oder bei den Veranstaltungen des BBW Beamtenbund Tarifunion. Noch beim letzten Landeskon-



© DPolG

gress der DPolG in Rust trug er nicht nur Verantwortung, sondern war auch Garant für eine professionelle technische Abwicklung und Dokumentation sowie herausragende Präsentation des Verbandes.

Als Jungpensionär widmete sich Lothar Reimann der Betreuung von Senioren im Verband der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, dem heutigen Seniorenverband. Monatliche Ausfahrten gehörten ebenso dazu wie die Unterstützung in Beihilfe- und Behördenangelegenheiten. Von 2003 bis zur letzten Stunde war er Vorsitzender des örtlichen Verbandes, in dem er sich höchster Beliebtheit und Anerkennung erfreuen durfte.

Über Jahre hinweg vermittelte Lothar Reimann als Referent der dbb-Akademie in Königswinter vielfältige Kenntnisse im Umgang mit dem PC, den verschiedenen Softwareanwendungen und der Bildbearbeitung.

Aber auch gesellschaftlich hat sich Lothar Reimann in den vergangenen Jahren eingebracht. Etwa in der Seniorenarbeit seines Heimatortes Bühl mit Computerkursen für Senioren. In der Senioreninitiative „für+miteinander“ hat er ab 2010 für Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit angeboten, den Umgang mit dem PC und dem Internet kennenzulernen, zu vertiefen und anstehende Fragen zu lösen. Bemerkenswert dabei ist, dass dazu mit seinem Engagement ein Schulungsraum im Kloster Maria Hilf in Bühl eingerichtet und von ihm mit betreut wurde.

Er wurde beim Landeskongress 2019 in Ehrung seiner großen Verdienste mit der Ernennung „Ehrenmitglied des Landesverbandes“ ausgezeichnet.

Seiner Familie gehört unser tief empfundenes Mitgefühl. Wir werden Lothar Reimann ein ehrendes Gedenken bewahren. ■



Teilnehmer(innen) an der Feuerwehrfachtagung

Feuerwehrfachtagung – Schwerpunkt 4-Säulen-Modell

Zu einer mehrtägigen Fachtagung trafen sich die Ansprechpartner der Berufsfeuerwehren im Waldhotel Sommerberg, darunter zahlreiche Personalratsvorsitzende und Personalratsmitglieder. An der Veranstaltung, die vom Landesfeuerwehrbeauftragten Oliver Walther in gewohnt professioneller Weise vorbereitet und durchgeführt wurde, nahmen auch der DPoIG-Landes-

vorsitzende Ralf Kusterer, die Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert und das Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, Dirk Preis, teil. Sehr schnell merkte man, dass zwar das Beamtenrecht, das Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilferecht dasselbe wie in der Polizei sind, aber in der Anwendung und Umsetzung liegen Welten. Nicht nur die un-

terschiedlichen Arbeitgeber, die Städte und Kommunen, von denen jeder gefühlt das Recht neu interpretiert, sondern auch der zuständige Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW), also das LBV sozusagen in den Städten und Gemeinden, bringen ihre Eigen- und Besonderheiten mit sich. Gleichwohl ist es den Referenten des Landesverbandes gemeinsam mit den

Teilnehmer(inne)n gelungen, Licht in das dunkle 4-Säulen-Modell zu bringen. Der Austausch mit den Berufsfeuerwehren war immer sehr produktiv und konstruktiv. Man spürte die Coroneinschränkungen und den Wunsch, sich endlich mal wieder persönlich zu treffen. Verständlich, dass die Resonanz ebenso positiv ausgefallen ist.

Konferenz der HfPol-Kreisvorsitzenden

Zu einer Kreisvorsitzenden-Konferenz trafen sich die Vorsitzenden der Kreisverbände an der HfPol in Baiersbronn zu einem intensiven Meinungs- und Informationsaustausch. Dabei nutzten der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und der Bezirksverbandsvorsitzende Berthold Kibler die Gelegenheit, um sich für das tolle Engage-



SEMINAR VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND
Termine 2023 in Baiersbronn

13./14. März	Die bei unseren Mitgliedern sehr begehrten Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand finden in unserem Seminarhotel - Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn/Obertal statt.
20./21. März	
19./20. April	Die DPoIG-Landessenorenvertretung trifft mit einem ständig angepassten Hygiene-Konzept höchste Sicherheitsvorkehrungen. Die reduzierte Teilnehmerzahl wurde auch 2023 beibehalten.
19./20. Juni	
20./21. Juni	
24./25. Juli	Die Teilnehmergebühr beträgt 60 Euro. Im Teilnehmerbetrag sind die Übernachtung mit Vollpension, Getränke und zahlreiche Unterlagen enthalten.
19./20. September	
8./9. November	
9./10. November	
13./14. Dezember	Anmeldung über: 60plus@dpolg-bw.de
14./15. Dezember	

Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

ment in den HfPol-Verbänden zu bedanken. Der Erfolg der DPoIG hängt unmittelbar mit der Betreuung und Werbung der Neumitglieder in den Bildungseinrichtungen zusammen. Fast im Quartalstakt sind hohe Arbeitsbelastungen zu bewältigen. Wie gut das funktioniert, sieht man an der Größe des HfPol-Bezirksverbandes und der dortigen Kreisverbände.

Nach einem Blick in die Vergangenheit widmeten sich die Vorsitzenden auch dem Ausblick und den anstehenden Herausforderungen, für die man sich gut gerüstet sieht. Betrachtet man die tolle Stimmung und den beiseitigen Zusammenhalt der Teilnehmer – nicht nur bei dieser Veranstaltung – weiß man, dass die DPoIG dort gut aufgestellt ist.